Nr. 307 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 16

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M. politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 18. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Noch immer keine Entscheidung.

In der Regierungskrise ist immer noch keine Entscheidung gefallen. Die Demokraten machen aufs Neue den vergeblichen Versuch, die Sozialdemokratie in eine Koalition einzubeziehen. Die Demokraten beraten in ihrer Fraktion mittags um 2 Uhr immer noch, ohne bisher zu einer Entscheidung gekommen zu sein.

•

Es wird in diesen Tagen der schwebenden Kabinettskrise in der bürgerlichen Presse viel zusammen gemunkelt und kombiniert. Man wird auf alle diese Erörterungen nicht allzuviel Gewicht legen dürfen, da sie in der nächsten Stunde schon durch neue Tatsachen über den Haufen geworfen sein können.

Fest steht bisher nur die Tatsache, daß die Sozialdemokraten weiter auf ihrer Weigerung beharren, in die Regierung einzutreten. Die Gründe dafür sind an dieser Stelle oft auseinandergesetzt.

Inzwischen setzt Fehrenbach mit großem Eifer die Bemühungen fort, ein Koalitionskabinett zustande zu bringen. Das „Berliner Tageblatt" hat über den Stand dieser Verhandlungen in der Nacht noch folgendes erfahren:

Die Sozialdemokratie erklärte endgültig, daß sie sich nicht an der Regierungsbildung beteiligen würde, und daß man daher von weiteren Bemühungen um ihren Eintritt in das Kabinett absehen möchte. Die weiteren Verhandlungen beim Reichspräsidenten galten dann der Frage, wie sich die sozialdemokratische Fraktion zu einer etwaigen Regierung, die aus der Demokratischen Partei, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei bestehe, verhalten würde. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß sie dem neuen Kabinett angesichts der Verhandlungen in Spa keine Schwierigkeiten bereiten würden, daß sie sich aber natürlich alle Schritte vorbehalten müßten, wenn die Regierung eine arbeiterfeindliche Politik einschlagen würde. Ein ausdrückliches Vertrauensvotum würde die sozialdemokratische Fraktion freilich dem neuen Kabinett nicht geben können, aber sie würde andererseits nicht für ein Mißtrauensvotum stimmen. Die sämtlichen sozialdemokratischen Minister würden zurücktreten. Dagegen würden die sozialdemokratischen Staatssekretäre nur insofern aus ihren Aemtern scheiden, als es sich um sogenannte parlamentarische Staatssekretäre handele. Alle anderen würde man als Beamte ansehen und sie nicht zum Aufgeben ihrer Positionen veranlassen. Dasselbe ist von den sozialdemokratischen Beamten überhaupt zu sagen.

Wie wir heute hören, sind die Erklärungen der sozialdemokratischen Unterhändler nur zum Teil richtig wiedergegeben. Insbesondere ist über die Frage des Verbleibens der bisherigen Staatssekretäre und der sozialdemokratischen Beamten überhaupt noch nicht verhandelt worden. Was das „Vertrauensvotum" für die geplante Regierung anbetrifft, so konnten die Unterhändler weder eine Zusage machen noch ablehnend sich äußern. Diese Entscheidung müssen sie der Fraktion vorbehalten, die selbstverständlich ihrerseits das Programm der neuen Regierung zu prüfen hat.

Die Entscheidung über die Frage, ob überhaupt die Regierungsbildung auf der neuen Basis möglich ist, liegt bei den Demokraten, die am Donnerstag Fraktionssitzung hatten und am Freitag vormittag sie fortsetzten. Gestern hatte man den Wunsch geäußert, unter allen Umständen die Sozialdemokraten zur Teilnahme an einer Regierung der alten Koalitionsparteien zu bewegen. Der Abg. Haas erstattete Bericht über die Verhandlungen mit Fehrenbach und teilte besonders mit, daß das Zentrum und vor allem Präsident Fehrenbach den Sozialdemokraten das Folgende nahezulegen versucht habe: Zentrum und Sozialdemokratie seien es gewesen, die den Versailler Frieden abgeschlossen hätten. Jetzt, wo es gelte, in der Konferenz von Spa die letzten finanziellen Konsequenzen aus diesem Friedensschluß zu ziehen, sei es nicht angängig, daß die Sozialdemokratie das Zentrum einfach im Stich lasse und sich so der moralischen Verantwortung für Versailles entziehe. Ferner dürfe die Sozialdemokratie in einem so kritischen Augenblick wie gegenwärtig nicht das ebenerst errungene parlamentarische System durch eine reine Oppositionspolitik sabotieren. . .

Da die Sozialdemokratie nur die Konsequenz aus den Wahlen zieht, kann von einer Sabotage nicht gut die Rede sein, um so weniger, als ein Koalitionskabinett alter Art nach der ziffernmäßigen Zusammensetzung des Reichstages keine genügende Grundlage mehr hat und als die Unabhängigen, die ja einen Teil der sozialdemokratischen Wähler aufgesogen haben, auf den Standpunkt beharren, daß eine Rechtsregierung, „geschichtlich betrachtet", besser sei, als eine solche, an der sie selber beteiligt wären.

Die Reichslisten.

Nach amtlicher Feststellung sind 466 Abgeordnete zum Reichstag gewählt. Es entfallen auf die Reichslisten für die Sozialdemokratie 8 Sitze, die U. S. P. 7, für das Zentrum 6, die Deutschen Demokraten 8, die Deutschnationale Volkspartei 9, die Deutsche Volkspartei 8, den Bayerischen Bauernbund 1, die christlich-föderalistische Partei 3.

Ein Rechtfertigungsversuch.

Das Zentralkomitee der U. S. P. zur Regierungsfrage.

Das Zentralkomitee der U. S. P. veröffentlicht in der „Freiheit" eine lange, die ganze Titelseite ausfüllende Erklärung mit der Ueberschrift: „Warum geht die U. S. P. nicht in die Regierung?" Sie richtet sich gegen die verwirrende Hetze", die nach dem bekannten Absagebrief Crispiens an Hermann Müller gegen die U. S. P. losgebrochen sei, und feiert die Haltung der Partei im Wahlkampf, die niemals einen Zweifel daran gelassen habe, „daß Wahlkampf und Parlamentsarbeit nur ein Mittel des proletarischen Klassenkampfes, daß in dem Ringen unserer Zeit die Aktion der Masse das vornehmste und entscheidenste Kampfmittel sei".

Dann müssen allerdings die Wähler in den Versammlungen falsch gehört haben. Sie nahmen nach den Reden der unabhängigen Kandidaten an, daß sie durch fleißige Abgabe von U.S.P.-Zetteln etwas Positives zur Besserung ihrer Lage erreichen könnten. Das war, wie sich jetzt zeigt, ein Mißverständnis. Die Wähler werden jetzt auf die „Massenaktion" vertröstet, es wird ihnen freilich nicht gesagt, wie diese Massenaktion aussehen und was durch sie zu ihrem Wohle erreicht werden wird.

Der Aufruf fährt fort:

Den Wahlkampf hat unsere Partei als Todfeind der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Parteien und der verbürgerlichten Scheinsozialisten geführt. Nach den Gesetzen der formalen Demokratie, nach dem rein zahlenmäßigen Wahlergebnis konnte unsere Partei für die Bildung der parlamentarischen Regierung mit in Betracht kommen.

Nach den Gesetzen des proletarischen Klassenkampfes ist aber eine Beteiligung unserer Partei an der Regierung undenkbar.

Die Bezeichnung der Sozialdemokraten als „Todfeinde" ist eine läppische Entgleisung, die wir nicht ernst nehmen. Richtig ist aber, daß die U. S. P. den Wahlkampf so geführt hat, als ob es für sie nur einen „Todfeind" gebe, die Sozialdemokratie, deren Reichskonferenz zur Einigkeit alle Arbeiter aufgerufen und die Parole ausgegeben hatte: „Der Feind steht rechts". Dadurch hat die U. S. P. die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen vermindert, die politische Macht des Kapitals und der bürgerlichen Parteien gestärkt.

Die „Gesetze des proletarischen Klassenkampfes", durch die sich die U. S. P. zu ihrem unsinnigen Verhalten veranlaßt sieht, werden nun weiter folgendermaßen erörtert:

In Deutschland ist eine Koalitionsregierung, eine Regierung auf die Dauer unmöglich, die sich aus Vertretern der kapitalistischen Klassen und aus Vertretern der Arbeiterklasse zusammensetzt. Die bürgerlichen Parteien dulden nur solche Sozialisten in der Regierung, die ihre sozialrevolutionäre Ueberzeugung abgeschworen und sich zum reinen Reformsozialismus bekannt haben.

Bemerkenswert sind die einleitenden Worte: „In Deutschland". In Deutsch-Oesterreich sitzen nämlich die Sozialdemokraten, die dort den Unabhängigen sehr nahestehen, sogar mit christlichsozialen Antisemiten in einer Regierung, weil unter den gegebenen tollen Verhältnissen eine andere Regierungsbildung eben nicht möglich ist. Gelten die „Gesetze des proletarischen Klassenkampfes" nur für Deutschland?

Es wird dann weiter ein langes Lamento darüber angestimmt, was für forsche Kerls die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Regierung sind und wie ein paar unabhängige Minister gar nichts gegen sie auszurichten imstande wären:

Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa auf dem Gebiete einer energischen Sozialisierung oder der Enteignung des Großgrundbesitzes durchsetzen, wenn sie in einem Kabinett säßen, in dem die Mehrheit der Minister Verfechter und Helfershelfer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft und des kapitalistischen Privateigentums sind?

Wer sagt, daß die Mehrheit der Minister bürgerlich sein müßte? Im Reichstag sitzen 193 Sozialisten, sie brauchen zur Mehrheitsbildung etwa noch 40—50 Mann. Und gegen diese 40—50 sollten die 193 vollkommen ohnmächtig sein? Dann heißt es im gleichen Klageton weiter:

Wie könnten **einige unabhängige sozialdemokratische Minister** tatkräftig an die Entwaffnung der Gegenrevolution gehen, wenn ihnen Minister aus Parteien in die Arme fallen, die der Bewaffnung der Arbeiterklasse den wütendsten Widerstand entgegenstellen?

Wie könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Erweiterung der Arbeiterrechte, für die weitgehendere Betätigung der Betriebsräte, für sozialpolitische Maßnahmen durchsetzen, wenn die Mehrheit ihrer Ministerkollegen für Antistreikgesetze, für Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne eintreten?

Auch dafür gilt das schon vorher Gesagte. Die U. S. P., die doch sonst den Mund wahrlich nicht voll genug nehmen kann, bemüht sich jetzt auf einmal, sich selber als so schwach, so klein, so jämmerlich wie möglich hinzustellen.

Neue Verhaftungen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 18. Juni. (P.P.N.) Heute morgen zwischen 4 und 5 Uhr wurden von der französischen Besatzungsbehörde in der Pfalz neue Verhaftungen von Arbeiterführern in Ludwigshafen vorgenommen. Es wurden verhaftet: 1. Stadtrat und Arbeitersekretär Nauschert, 2. Stadtrat und Metallarbeiterverbandsbeamter Fischer, 3. Stadtrat und Eisenbahnverbandsbeamter Baum. Die Verhafteten wurden in Automobilen durch die Franzosen dem Weichbild der Stadt entzogen. Um der Bevölkerung den „erforderlichen Schutz" bzw. die nötige Angst beizubringen, ist eine größere Kavallerie-Abteilung um 7 Uhr, von Morbach kommend, in Ludwigshafen eingezogen.

Der pommersche Landarbeiterstreik.

Der Landarbeiterstreik in der Provinz Pommern greift laut Meldung der „Dena" weiter um sich. Bisher streiken in den Kreisen Köslin, Stolp und Schlawe ungefähr 80 Güter. Ueber das Verrichten der Notstandsarbeiten wird noch verhandelt. Augenblicklich können die landwirtschaftlichen Arbeiten mit Hilfe von Hilfsarbeitern zur Not verrichtet werden.

Verfassungsrevision in Belgien.

Brüssel, 18. Juni. (Holländisch Nieuwsbureau.) Die Beratungen über die Verfassungsrevision sind gestern wieder aufgenommen worden. Die Kammer beschloß gegen vier Stimmen die Entschädigung der Kammermitglieder auf 1000 Franken monatlich festzusetzen. Weiter wurde beschlossen, daß die Kammer alle vier Jahre neu gewählt werden muß und daß auf 40 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Ebenso ist die Wählbarkeit von Frauen angenommen worden, mit der Einschränkung, daß sie kein Stimmrecht haben. Die Kammer hat weiter die Münzkonvention erweitert, wonach gestattet wird, Scheidemünzen prägen zu lassen, die für den ausschließlichen Gebrauch im Kongo bestimmt sind. Es wurde mitgeteilt, daß Minister Jaspar seine Demission eingereicht hat.

Neuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 18. Juni. Wie „Politiken" meldet, hat die dänische Regierung gestern beschlossen, den Reichstag in einigen Tagen aufzulösen. Die nächsten Folkethingswahlen werden am 6. Juli abgehalten. Hiernach scheint die Regierung damit zu rechnen, daß es noch mehr als einen Monat dauern wird, ehe die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen sind und die Souveränität über die erste Zone Nordschleswigs an Dänemark übergehen kann.

Der türkische Freiheitskampf.

Konstantinopel, 17. Juni. (Reuter.) Eine an Zahl überlegene nationalistische Streitmacht hat gestern eine schwache Abteilung englischer Truppen an der Ismail-Front umzingelt. Der englische Befehlshaber verhandelte mit den Nationalisten, die ihm freien Abzug gewährten. Die Vorhut kam unbehelligt durch, aber auf die Hauptabteilung eröffneten die Nationalisten verräterischerweise das Feuer, verwundeten 30 Mann und nahmen den englischen Nachrichtenoffizier gefangen. Hilfe ist sofort abgesandt worden. Ein englisches Kriegsschiff hat die Stellungen der Nationalisten mit Granaten beschossen und sie dadurch bei der Verfolgung aufgehalten. Heute herrscht völlige Ruhe.

Paris, 17. Juni. Aus einer Meldung des „Temps" geht hervor, daß die Türken bei Bozanti zehn französische Offiziere und ungefähr 550 Soldaten gefangen genommen haben.

Japan zur Rückgabe von Kiautschou bereit.

Tokio, 18. Juni. Japan veröffentlicht den Inhalt einer am 14. Juni an China gerichteten Note. Darin wird wieder holt gesagt, daß Japan wünsche, Verhandlungen über die Rückgabe von Kiautschou an China einzuleiten. Japan sei zur Rückgabe dieses Gebietes und zur Zurückziehung der Truppen bereit. Die Note erinnert daran, daß China vor dem Versailler Frieden in die Uebertragung von Schantung an Japan eingewilligt hat. Die Rückgabe von Kiautschou an China würde an den Bestimmungen des Versailler Vertrages nichts ändern.

Sie könnte gar nichts durchsetzen gegen den reaktionären Kurs in der Reichswehr, gar nichts für die Erweiterung der Arbeiterrechte, denn die Mehrheit ihrer Ministerkollegen — warum denn die Mehrheit? — würde für Antistreikgesetze, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Löhne eintreten!

Ja, wenn sich die Unabhängigen trotz ihrer sonstigen großen Redensarten und trotz der Massen, die hinter ihnen stehen, schon nicht die Kraft zutrauen, etwas Positives für die Arbeiter durchzusetzen, ist es dann nicht doppelt ihre Pflicht, in die Regierung mit hineinzugehen, um dort wenigstens Rückschritte zu verhindern? Können die bürgerlichen Parteien, wie sie nun einmal gebaut sind, alles, die sozialistischen Arbeitervertreter gar nichts? Und da soll man — an die „Diktatur des Proletariats" glauben?

Warum macht man denn mit der „Diktatur des Proletariats" nicht jetzt schon den Anfang, indem man die erworbene Macht ausnützt und gegen die bürgerlichen Parteien etwas durchzusetzen versucht?

Es wird dann weiter gesagt:

Wäre die rechtssozialistische Partei in der Nationalversammlung mit der Unabhängigen Partei in eine geschlossene Opposition gegen die gesamte bürgerliche Welt getreten, so wäre dem deutschen Proletariat eine Unmenge von Blutopfern, Nöten und Entbehrungen erspart geblieben. Der proletarische Klassenkampf hätte einheitlich und geschlossen erfolgreich durchgeführt werden können. Nur der rechtssozialistischen Partei ist es zu danken, wenn immer wieder Koalitionen zustande kamen und kommen, die einen immer reaktionäreren Charakter tragen.

Hätte die Sozialdemokratie sich in der Nationalversammlung nicht an der Regierungsbildung beteiligt, so hätten wir damals schon, zwei Monate nach der Revolution, eine rein bürgerliche Regierung bekommen, und der Klassenkampf hätte vollends die Bahn ruhiger gesetzlicher Entwicklung verlassen, er wäre auf der ganzen Linie in seiner gewalttätigsten, blutigsten Form aufgeflammt. Das hätte Ströme von Blut, unendliche Entbehrungen gekostet, und in Deutschland regierte dann aller Wahrscheinlichkeit nach jetzt schon längst der weiße Terror.

Wenn die Koalitionen einen immer reaktionäreren Charakter tragen, so soll „nur" die Sozialdemokratie daran schuld sein. Aber die Sozialdemokratie hat sofort nach den Wahlen der U. S. P. den Eintritt in die Regierung angeboten — zeugt das von ihrer Absicht, den Koalitionen einen immer reaktionäreren Charakter zu verleihen? Wer hat die gemeinsame Arbeit mit der Sozialdemokratie abgelehnt? Wer trägt also die Schuld daran, wenn uns jetzt ein reaktionäres Regiment droht?

Der Aufruf verspricht dann freilich: „Gegen diese kapitalistische Regierung wird die U. S. P. innerhalb und außerhalb des Parlaments in entschiedener Kampfstellung stehen". Man nimmt den Kampf auf, nachdem man freiwillig dem Kapitalismus alle Machtpositionen eingeräumt hat! Das Ziel, heißt es zum Schluß, „bleibt nach wie vor die Eroberung der politischen Macht durch die zusammengefaßte Kraft des gesamten klassenbewußten Proletariats". Der Wahlkampf hat gezeigt, wie die U. S. P. die Kraft des gesamten klassenbewußten Proletariats „zusammenfaßt", der Crispien-Brief hat bewiesen, was die U. S. P. tut, um die vorhandene Kraft im Interesse der Arbeiterklasse nutzbar zu machen.

Das ganze Schriftstück ist durchzogen von Angriffen auf die „formale Demokratie" und Verherrlichungen der „Diktatur des Proletariats". Dabei wird natürlich auch mit den bekannten Vorwürfen gegen „unfruchtbare Reformpolitik" und den „Verrat" der Rechtssozialisten nicht gespart. Die Früchte der Reformpolitik befriedigen nicht — aber wo sind die Früchte der U.S.P.-Politik? Und will man nicht endlich so ehrlich sein zuzugeben, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Bekenntnis zur politischen Gleichberechtigung, zum allgemeinen Wahlrecht den alten Grundsätzen treugeblieben ist, während die Unabhängigen diese Grundsätze zugunsten einer ganz nebelhaft verschwommenen „Diktatur des Proletariats" preisgegeben haben?

Der ganze ellenlange Aufruf des Zentralkomitees beweist nur aufs neue, daß sich nach dem Abgang der alten in sozialistischen Gedankengängen geschulten Führer eine unglaubliche Konfusion in der Leitung der U. S. P. breitmacht. Diese Konfusion ist schuld an dem verhängnisvollen Entschluß, durch Verweigerung positiver Arbeit zum Schutz der Republik und der Arbeiterinteressen die Bildung einer bürgerlichen Regierung zu erzwingen und alle Macht den Gegnern der Arbeiterbewegung in die Hände zu spielen. Die Arbeiter begreifen diesen Entschluß nicht und werden ihn nicht begreifen, mag das Zentralkomitee noch soviel Bandwürmer von Erklärungen von sich geben. Die Arbeiter in ihrer Masse sind keine gelehrten Theoretiker des Sozialismus, aber ihr gesunder Klasseninstinkt sagt ihnen, daß sie mit Vertretern, die die Wahrung ihrer Klasseninteressen auf Grund spitzfindiger theoretischer Erwägungen preisgeben, nichts anfangen können.

Die U. S. P. hat bei einem Teil der Arbeiter Vertrauen gefunden, aber sofort bewiesen, daß sie dieses Vertrauen nicht verdient. Die Arbeiter haben ihr Mandate gegeben, sie sagt kläglich: „Ich kann damit nichts anfangen." Die Arbeiter aber zucken die Achseln und sagen: „Einmal und nicht wieder!"

Der Massenmord von Thal.

Kassel, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Gestern wurde die Verhandlung in Marburg gegen die Zeitfreiwilligen von Thal fortgesetzt. Zur Führung der Interessen der Angehörigen der Erschossenen war Rechtsanwalt Dr. Liebknecht anwesen. Zunächst wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Sie blieben auch diesmal auf ihren Aussagen bestehen, die Gefangenen auf der Flucht erschossen zu haben. Da eine weitere Vernehmung der Angeklagten zwecklos erscheint, wird um 10 Uhr mit dem Verhör der Zeugen begonnen. Beim Aufruf der Zeugen erhebt sich bei dem Namen des Studenten Lemmer, der wegen seines energischen Auftretens gegenüber dem reaktionären Professor Träger sowie während des Kapp-Putsches gegenüber den reaktionären Studenten wenig beliebt ist, im Zuschauerraum von studentischer Seite Fußescharren.

Nachdem der Vorsitzende die Zeugen auf die Wichtigkeit ihrer Aussagen und die Bedeutung des Eides aufmerksam gemacht hat, beginnt die Aussage des ehemaligen Fregattenkapitäns Selchow, der als Student mit der

Führung des Zeitfreiwilligenbataillons

beauftragt war. Er sagt etwa folgendes aus: Auf dem Transport habe er Nachricht erhalten, daß ganz Thüringen in Aufruhr stehe und sich dort die Verbrecher und das Gesindel von ganz Deutschland zusammengefunden haben. In Eisenach hätten sie am Fuße der Wartburg auch geheime Waffenlager gefunden. Dann hätten sie den Marsch von Eisenach nach Gotha fortgesetzt, wobei sie an Verlusten unterwegs zwei Tote und einen Schwerverwundeten hatten. Am Mittag des 24. März sei in Settelstedt Quartier gemacht worden. Aus eigenem Antrieb habe er dann das Unternehmen gegen Thal befohlen, da ihm von seiten der Bevölkerung mitgeteilt worden sei, daß in Thal Spartakisten und ein Teil der Roten Armee seien. Die Gefangenen seien dann in Settelstedt

ins Spritzenhaus gesperrt

worden. Am anderen Morgen habe er Befehl gegeben, die Gefangenen unter schwerer Bewachung hinter dem Bataillon zu führen **und auf Fliehende unter allen Umständen zu schießen.** Einen Befehl, die Gefangenen zu erschießen, habe er nicht gegeben. Auf dem Marsch habe er sich wegen anderweitiger Beschäftigung nicht um die Gefangenen kümmern können. Kurz vor Gotha habe er die Nachricht von der Erschießung der Gefangenen erhalten und sofort Meldung an den Brigadekommandeur gemacht. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt Selchow:

Dumdumgeschosse

seien nicht verwendet worden. Auf die Frage des Anklagevertreters, ob der Befehl nicht genau wiedergegeben werden könne, erklärt v. Selchow, daß er sich seiner Worte nicht mehr genau erinnern könne.

Als zweiter Zeuge wird Oberleutnant Baldus, der Führer des Unternehmens nach Thal, vernommen. Er führt aus, daß er in Settelstedt eine Liste mit den Namen der Leute erhalten hätte, die am Tage zuvor in Settelstedt geplündert und Waffen mitgenommen hätten. Es habe in Thal eine Formation der Roten Armee gegeben. Die Verhafteten seien im Amtsgericht in Thal vernommen worden. Einer der Erschossenen, der anfänglich seine Teilnahme geleugnet, habe sich später als Führer der ganzen Bande herausgestellt. Es sei den Gefangenen gesagt worden, daß sie vor ein Kriegsgericht gestellt würden, von einer Erschießung sei keine Rede gewesen. Dann sind die Verhafteten

auf einen Leiterwagen gepackt

worden und wurden in Settelstedt ins Spritzenhaus geschafft. Der Zeuge Schein, Bürgermeister von Thal, berichtet von den dortigen Vorgängen: Nach dem Aufruf der Kapp-Regierung sei von der Arbeiterschaft eine Rote Garde gebildet worden. In Settelstedt hätte man ziemlich viel Waffen vorgefunden. Am gleichen Tage seien dann die Zeitfreiwilligen erschienen und hätten die Leute, die an der Bildung der Roten Garde beteiligt gewesen waren, verhaftet. Am folgenden Tage habe er die Nachricht von der Erschießung der Gefangenen erhalten. Zeuge Bürgermeister Luck, Mechterstedt, macht Angaben über das Auftreten der Roten Garde, das Veranlassung zur Gründung von Bürgerwehren gegeben habe.

Nach der Mittagspause wurde als erster der Gastwirt Hartung-Mechterstedt vernommen. Dieser hat an dem fraglichen Morgen einen Schuß gehört und ist, um sich von der Ursache zu überzeugen, auf den Hof gegangen. Dort habe er laute Rufe wie

„Straße frei",

„Stellen Sie sich an die Häuser". Als plötzlich sieben Schüsse fielen. Er fand dann die Leichen von zwei Erschossenen. Während er zurückging, fielen neue Schüsse. Der Sohn des folgenden Zeugen, Arbeiter Hartmann, war an dem fraglichen Tage nach Settelstedt gegangen, während er selbst in Thal blieb. Dort verhaftete man ihn, ließ ihn dann aber wieder frei. Als er am nächsten Tage nach Mechterstedt ging, fand er die Leiche seines Sohnes. Weichensteller Leid verließ, als er die Schüsse hörte, sein Haus und fand die Leiche des erschossenen Fuldner, der mit dem Kopf an der Straße lag, die Hände gefaltet. Er hatte einen Schuß am Halse. Der Zeuge Fellenberg-Thal hatte die Autos der Zeitfreiwilligen gesehen und beobachtet, daß einige zur Villa Felseneck gingen und dort

von den Besitzern empfangen und begrüßt

wurden. Am nächsten Morgen war er nach Settelstedt gegangen. Da er seinen Ausweis hatte, wurde er von dem Posten angehalten, der ihm sagte: „Anständige Leute haben einen Ausweis, nur Lumpen haben keinen. Sehen Sie sich den Chausseegraben an, wer keinen Ausweis hat, wird erschossen." Später habe er einige Leichen gefunden. Unter den Erschossenen befanden sich wohl einige Tunichtgute, die Mehrzahl aber seien tüchtige, ehrenwerte Arbeiter gewesen. Als der Zeuge darauf einige Gründe wegen der Beschlagnahme in Settelstedt durch die Arbeiter angeben will, wird er lebhaft von dem Vorsitzenden unterbrochen.

Student Kober sagt aus, daß **einzelne Leichen von einigen Bewohnern von Settelstedt mit Füßen getreten worden sind.** Der folgende Zeuge gibt an, daß er von einem Angehörigen der Roten Armee aufgefordert wurde, Wache zu stehen, er habe sich aber geweigert. Am Morgen nach der Vernehmung der Gefangenen im Amtsgerichtssaal habe er eingekerbte Patronen gefunden. Beim Abtransport der Verhafteten habe Fuldner seinen Angehörigen zugerufen: „Macht es gut, grüß Marie und die Kinder,

ich komme nicht wieder!"

Sodann wurde der Sachverständige und Zeuge Dr. Kind vernommen. Er gibt an, daß nach dem Kapp-Putsch etwa 70 Arbeiter mit Waffen nach Mechterstedt gekommen seien. Sie hätten dort in einem Hotel ihr Quartier aufgeschlagen und Quartierscheine ausgestellt, sonst hätten sie sich vollständig ruhig verhalten. Am Donnerstag habe er die Nachricht erhalten, daß von den in Settelstedt eingetroffenen Zeitfreiwilligen

15 Arbeiter erschossen

worden seien. Da er dies nicht glaubte, habe er sich überzeugen wollen und dann die Leichen auch gesehen. Die Leichen haben

Die alte Schule.

Von Richard Lohmann.

„Diese Konferenz ist bekanntlich der Ort, an dem die alte Schule zu Grabe getragen wird." Wie eine Stichflamme fuhr es hinein in die erlauchte, hochweise Versammlung auf der Reichsschulkonferenz, dieses Wort Gustav Wynekens. Die alte Schule — was's nicht die Reibfläche, an der sich Widerspruch und Zustimmung wie von selbst entzünden mußten?

Da sitzen dort auf den Bänken der Rechten zweihundert, die sprechen es nur mit einem lächelnden Stolz auf den Lippen, mit einem Hochgefühl der Ehrfurcht in der Brust, das Wort von der „alten Schule". Der Universitätsprofessor dort, den Hornkneifer mit den abenteuerlich großen Gläsern auf der Nase, der Bart in Ehren ergraut im Dienste der Wissenschaft, Hüter und Vermittler des Wissens zweier Jahrtausende — „Kerze der Tradition" hat ihn Harnack genannt —, er ist stolz darauf, stolz auf die „alte Schule", die seine Jünger befähigt, dieses Wissen zweier Jahrtausende in sich aufzusaugen. „Der Historizismus ist tot", hat ihm sein Kollege aus Marburg zugerufen—, er lächelt nur, zufrieden, überlegen: zwei Jahrtausende leben, und die alte Schule soll auch leben.

Und der junge Oberlehrer neben ihm — eines kleinen Unterbeamten Sohn —, mit Stipendien durch die „alte Schule", mit Stipendien durch die Universität gegangen — nun aber hinausgehoben aus dem proletarium vulgus, Gehaltsklasse X, Mitglied des Verbandes akademisch gebildeter Lehrer — die alte Schule, mit ihr verknüpft ihn die Pflicht der Dankbarkeit: „Was ich bin und was ich habe . . ."

Und der Gymnasialdirektor neben ihm — dienstlich sein „Vorgesetzter", heute leutseligster Mitkämpfer zum gleichen Ziele: die deutsche Kultur steht auf den Schultern der Antike — Barbaren, die die Sprache Pindars und Ciceros nicht kennen — Barbaren, die an den Fundamenten der „alten Schule" rütteln — und sein Pergamentgesicht überrötet ein Hauch griechischer Schönheit. . . .

Im hochgeschlossenen schwarzen Rock neben ihm, mit dem feisten Gesicht dicht über dem rundlichen Bäuchlein, der geistliche Herr: die alte Schule ist die Hüterin christlichkatholischen Geistes — die Kirche hat noch heute nicht ihren Frieden mit den Reformanstalten geschlossen, die die Sprache der Heiligen Schrift mit der Sprache eines Solo vertauschten. Und die Brillengläser funkeln dem keden Sprecher da oben entgegen: Wir halten sie fest, unsere alte Schule! . . .

Gemach, ihr Herren: wie alt denn? Ihr verteidigt mit Zähnen und Klauen den alten Bau, als stünde er schon eine Ewigkeit. Ihr seitlicht um das eine Jahr, das euch nun die Grundschule nimmt — und es sind doch noch nicht zwei Menschenalter darüber hin, da gab's überhaupt nur eine sechsstufige „höhere" Schule. Das „Bildungsniveau" Deutschlands aber wird rettungslos heruntergedrückt, wenn dieser jungen „alten" Schule auch nur ein Jahr genommen wird! Nein, so alt ist der Bau wirklich noch nicht, den ihr in Ehrfurcht als das Heiligtum der deutschen „Bildung" bewacht!

„Mag sein, die Form nicht, aber der Geist." Ist dieser Geist wirklich etwas von innen heraus Erwachsenes, etwas aus dem Wesen der Bildung Gewordenes? O nein, diese „alte Schule" ist nichts Gewordenes, sie ist etwas Gemachtes, die vom Klassenstaat gemachte Bildungs-„Anstalt", der Schul-„Betrieb" für die geistige Oberschicht. Nicht wahr, nun staunt und wallensteinert ihr: „Bei Gott, von dieser Seite sah ich's nie!"

Aber getrost — wir reißen die Schule, die alte Schule ja gar nicht ein, wir tragen sie nur zu Grabe. Sie hat sich ja längst selbst eingerissen, ist ja längst selbst zerfallen und vermorscht. Oder was ist das alles: die Realgymnasien, die Realreformanstalten — sind das etwa neue Zweige am alten Stamm? Oder sind das nicht vielmehr Wucherungen am morschen Stumpf? Zersetzungserscheinungen, Zerfallprodukte?

Wir tragen die alte Schule zu Grabe, die Schule, die das Bildungsideal einer vergangenen Zeit in sich verkörperte. Die Schule, die Bildung gleich einer Summe von Kenntnissen setzte. Die Schule, die auf dem Autoritätsprinzip ruhte. Die Schule, die Geist und Arbeit trennte. Die Schule, die Weltfremdheit als Weisheit lehrte. Die Schule, die unser Volk in Klassen schied. Die Schule, die den Menschen von außen formen wollte. Sie ist tot, die alte Schule. Ein lebender Leichnam. Und die neue Schule wird. Schüttelt nur nicht die grauen Perücken, ihr Ungläubigen und Abergläubigen dort auf der Rechten. Seht, hier vor euch sitzt ein anderer: grau das Haar wie eures, aber die Augen nicht blind wie die euren — und wenn er spricht, spricht er jung und zu den Jungen — der hat die Schule, die neue Schule als das Land der Sehnsucht, der Verheißung von ferne gesehen — der fühlt den heißen Pulsschlag unserer Zeit — der spricht die Sprache, die wir verstehen: Leben, Arbeit, Freiheit, Ehrfurcht nach unten, Erziehung zur Gemeinschaft, Schule zum Volke, Schule zur Einheit. Und ist doch einer der euren, der Form nach, Paul Natorp, der unsere freilich im Geist.

Darum weiß er wie wir: diese Reichsschulkonferenz ist der Ort, an dem die alte Schule zu Grabe getragen wird. Ihr, die ihr an ihr hängt, gebt ihr das letzte Geleite — wir bauen unterdes die neue!

Lustspielhaus: „Der ungetreue Eckehart". Ein Schauspielerstück, dessen Verfasser — Hans Sturm — selber in der Titelrolle auftrat. Die Voraussetzungen, die im ersten Akt entwickelt werden — ein Schwager, der auf außerehelichen Seitensprüngen ertappt wird, versteckt sich hinter dem andern Schwager — berührten in ihrer erlügelten Gesuchtheit und renommierenden Frivolität erst ziemlich peinlich. Ein Eindruck, der dann aber bei dem tollen Verwechslungsspiel im Mittelakte mehr und mehr zurücktritt. Hier schlägt die Erfindung, stellen- und streckenweis wenigstens, in den ausgelassenen Galopp Pariser Schwänke um. Dem Gerechten, der sich zum Büßer für fremde Fehler hergegeben, wird von dem Possenteufel unbarmherzig mitgespielt. Den Gipfelpunkt erreicht die Schadenfreude als er in der Wohnung des betreffenden Dämchens von der Mieterin, einer höchst energischen Irrenärztin, als verrückt erklärt und ins Badezimmer eingesperrt wird. Auch in dem Schlußakt, der dem Durcheinander nachträglich einige satirische Wendungen vom Schlag der Thomaschen Moral zu geben sucht, hielt noch die animierte Stimmung an. Der Sündenbock von Schwiegersohn, auf dessen unschuldiges Haupt der Zorn der wohlgeborenen kommerzienrätlichen Familie sich entlud, verwandelt sich auf einmal zu einer anerkannten Zier der Sippe, da Seine Hoheit, der Prinz, das grad vakant gewordene Dämchen patronisierend unter seine Fittiche nehmen will. Man ist entzückt, auf diese Art zu solcher hohen Konnexion zu kommen. Der Herr Kommerzienrat, natürlich Mitglied eines Sittlichkeitsvereins, empfängt vom prinzlichen Erzieher einen Orden. Der eigentliche Sünder aber, eifersüchtig, daß ihm das Ansehen und die Ehre, die er im Grunde verdiend hat, entgehen soll, macht seine Ansprüche bei der Familie geltend, doch vergeblich. Niemand glaubt ihm. Die flotte Aufführung hat einen entschiedenen Heiterkeitserfolg. dt.

Deutsche und amerikanische Stiftungen. In dem wilhelminischen Deutschland stifteten reiche Leute manchmal, um Titel und Orden zu bekommen, 10—100 000 M. für Wissenschaft, Kunst usw. Heute fehlt mein der Anreiz dazu. Wird aber noch gestiftet, so ist es in Anbetracht des gesunkenen Geldwerts aber noch weniger. Wie bescheiden wir geworden sind, zeigt die rühmende Pressenotiz, wonach schweizerische Freunde Deutschlands, die in Deutschland studiert haben, der Berliner Universitätsbibliothek ganze 800 Frank gespendet haben. Rührend! Damit vergleiche man die jüngste Stiftung Rockefellers. Sie beträgt 1 205 000 Pfund (ungefähr 192 Millionen Mark) und ist für die medizinische Fakultät und das Krankenhaus der Londoner Universität bestimmt. Sicherlich ist der Amerikaner viel reicher als irgend ein Deutscher. Trotzdem ist es beschämend, wie wenig der Kapitalismus bei uns für die notleidende Wissenschaft übrig hat.

Eine Menschheitstrilogie hat nach englischen Blättern Bernhard Shaw vollendet. Sie reicht von Adam und Eva über die Gegenwart bis zum Jahre 20 000, wo glücklich die Fähigkeit ewigen Lebens errungen ist. Die neuen Dramen sollen echtester Shaw, voll Witz und Ernst sein.

Dostojewskis Biographie ist von seiner in der Schweiz lebenden Tochter geschrieben worden. Sie wird in einer schweizerischen und reichsdeutschen Ausgabe erscheinen.

Eine Adolf-Bayer-Gesellschaft wurde am 16. Juni in Berlin „zur Förderung der chemischen Literatur" gegründet. Die chemische Bibliographie ist eine Lebensbedingung der deutschen Chemie. Da aber ihre Fortführung in Frage gestellt ist, will die neue Gesellschaft die erforderlichen Mittel aufbringen.

Der „Kunstwart" wird infolge der Teuerung jetzt nur noch einmal im Monat erscheinen.

Die Münchener Festspiele werden am 1. August mit Parsifal eröffnet; die Schauspielvorstellungen beginnen am 7. August.

Literatur über Sowjetrußland. Dr. Alfons Goldschmidt, der soeben von einer Wirtschafts-Studienreise aus Sowjetrußland zurückgekehrt ist, wird im Ernst Rowohlt-Verlage binnen kurzem Tagebuchblätter „Moskau 1920" und ein umfangreiches Werk „Die wirtschaftliche Organisation Sowjetrußlands" erscheinen lassen.

seiner Ansicht nach von Anfang an so gelegen, wie sie nachher aufgefunden wurden. Eine Verwendung von Dum-Dum-Geschossen sei nicht wahrscheinlich. Die Zertrümmerung der Schädel sei auf die aus größter Nähe abgegebenen Schüsse zurückzuführen.

Um 6 Uhr 30 Min. nachmittags wurde die Verhandlung abgebrochen. Fortsetzung heute vormittag 12 Uhr.

Stimmen aus dem Volke.

Wir hatten schon einmal auf die Fülle von Zuschriften hingewiesen, die uns täglich zugehen und in denen die Katastrophenpolitik der Unabhängigen hart gegeißelt wird. Einen der Briefe, die uns heute zugehen, lassen wir im Wortlaut folgen, weil er uns besonders charakteristisch für die Stimmung in der Arbeiterschaft zu sein scheint. Er lautet:

Werte Genossen!

Gestatten Sie bitte einem einfachen Arbeiter, seine Anschauung über die geradezu frivole Haltung der U.S.P.-Leitung bei der Regierungsbildung zum Ausdruck zu bringen.

Bitterkeit, ja Zorn erfaßt einen, wenn man sehen muß, wie die Errungenschaften der Arbeiterschaft so freventlich aufs Spiel gesetzt werden. War es nicht schon genug, wie in den verflossenen 1½ Jahren nach der Revolution die Interessen der Arbeiterschaft mit Füßen getreten wurden? Alle Mißerfolge unserer Politik sind ja fast ausschließlich den Saboteuren von links zuzuschreiben. Die Herren leben und leben noch heute in dem Wahn, künstlich eine „revolutionäre Situation" schaffen zu können, in welcher die Arbeiterschaft dann das Heft in die Hand bekommen soll. Leider lassen sich manche meiner Arbeitsgenossen täuschen von dem Phrasenschwall, weil sie nicht ermessen können, wie unendlich schwierig es ist, aus einem Nichts Brauchbares zu formen. So laufen sie dem Meistbietenden nach. Leider geben sich auch gute Köpfe meiner Arbeitsbrüder dem Wahn hin, der „radikalen" Zeitströmung Rechnung tragen zu müssen. Ihnen fehlt der Mut, den Arbeitsbrüdern ein Bild der Wirklichkeit zu geben. So trottet alles hin, einem furchtbaren Abgrund entgegen. Nun, sie werden ihre „Freunde" schon noch erkennen lernen. Schmerzlich und schwer ist das Lehrgeld, was infolge der Verkennung der Sachlage gezahlt werden muß.

Wir müssen nun sehen, wie die reaktionären Bataillone sich formieren werden zu gemeinsamem Sturm gegen uns.

Doch wir werden ihm trotzen! Wir werden zeigen, daß die uns angedichtete „Harmonieduselei" eine der schäbigsten Phrasen unabhängiger Parteidemagogen ist. Anderthalb Jahre haben diese „Freunde" und „Förderer" der Arbeiterinteressen dem Wachstum der Partei, unserem Vorwärtskommen Steine in den Weg gerollt, der Reaktion die Bahn freigemacht. Jetzt machen sie noch den passiven Pförtner zum Einzug der Flüchtlinge vom November 1918. Wenn jemals Verblendung Unheil angerichtet hat, so ist es die Haltung der U.S.P.-Leitung in der jetzigen Situation. Nur der eine Wunsch beseelt uns jetzt: **Mögen unsere Arbeitsbrüder von links an dem verfehlten Experimentieren ihrer Parteigrößen erkennen, wohin es geht, wenn man sich außerhalb aller Wirklichkeit stellt.**

Darum zurück zur Vernunft!

Ein skandalöser Vorgang.

Der arbeiterfeindliche Reichsrat.

Nach einer Notiz in verschiedenen Berliner Zeitungen vom Freitag, den 18. Juni, hat der Reichsrat die 12 Mitglieder für den Reichswirtschaftsrat nunmehr ernannt, wie dies in der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgesehen ist.

Wenn wir nun auch verschiedenes für möglich gehalten hätten, so ist doch das, was hier durch Beschluß festgelegt ist, geradezu ein Skandal. Sämtliche 12 vom Reichsrat ernannten Mitglieder sind Arbeitgeber. Das heißt denn doch die Zusammensetzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats derartig einseitig beeinflussen, daß dazu nicht geschwiegen werden kann. Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeitnehmerseite sich eine derartig arbeiterfeindliche Haltung des Reichsrats gefallen läßt.

Die andere Bemerkung in der Pressenotiz, wonach der bayerische Gesandte von Preger bedauert, daß bei der Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrats auf die süddeutschen Staaten und auch auf die preußischen Gebietsteile außerhalb Berlins von den Verbänden, denen das Ernennungsrecht zusteht, zu wenig Rücksicht genommen ist, steht mit den Tatsachen nicht im Einklang.

Möchten sich doch die Herren einmal die bis jetzt an die Oeffentlichkeit gekommenen Ernennungen zum vorläufigen Reichswirtschaftsrat ansehen, dann können sie unmöglich mehr eine solche Behauptung aufrechterhalten. Anstatt derartige unzutreffende Bemerkungen zu machen, wäre es richtiger, wenn die Herren im Reichsrat die aus Süddeutschland in verschiedenen Körperschaften sitzenden Vertreter veranlassen würden, wenn sie nun schon in einem solchen Wirtschaftskörper sitzen, auch zu den Sitzungen zu erscheinen und nicht, wie dies regelmäßig geschieht, am Tage vor dem Stattfinden der Sitzung telegraphisch Mitteilung zu machen, daß sie nicht kommen können!

Siedlungspolitik in Groß-Berlin.

Vom Stadtverordneten Paul Schlegel, Wilmersdorf.

Angesichts der kommenden Sonntag stattfindenden Stadtverordnetenwahlen für das neue Groß-Berlin interessiert es die Gemeindewähler, das Programm der Sozialdemokratischen Partei bezüglich der so aktuellen Siedlungsfrage zu erfahren. Gewiß, die Massen der unter der furchtbaren Wohnungsnot Leidenden wünschen einzig und allein Schaffung von Wohnungen, von schönen und gesunden Wohnungen, am liebsten im eigenen, wenn auch bescheidensten Heim mit Garten. Wie diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, interessiert weniger und — leider muß es gesagt werden — man stößt in weitesten Kreisen, auch bei Politikern, auf erhebliches Unverständnis gerade auf dem Gebiete praktischer Siedlungs- und Wohnungspolitik. Ich sage ausdrücklich praktischer Politik.

Die alte Forderung der Sozialdemokratie nach Sozialisierung des Bodens kennt jeder. Die Ueberführung des stark verschuldeten städtischen und ländlichen Bodens in den Besitz der Allgemeinheit läßt sich aber nur mit enormen Geldmitteln durchführen, selbst wenn bei Festsetzung der Abfindung jeglicher Spekulations- und Konjunkturgewinn, ja überhaupt jeder Gewinn ausgeschaltet wird.

Bei der ungeheuren Schuldenlast, unter der heute Reich, Staat und Gemeinden fast zusammenbrechen, ist an die Erfüllung dieser Forderung vorerst nicht zu denken. Während wir unseren Blick fest auf dieses Endziel richten, lassen wir nichts unversucht, nebenher alles zu erreichen, was im Zusammenhang mit diesem Endziel praktisch möglich ist.

Der Sinn des Sozialisierens des Bodens ist, die Ausbeutung der auf Boden angewiesenen Massen durch den Bodenbesitzer zu verhindern, den mühelosen Gewinn aus dem Boden zu Lasten der großen Masse der Mieter unmöglich zu machen.

Dieses Ziel kann aber schon heute in weitestem Umfang erreicht werden durch Wahl einer sozialdemokratischen Stadtverordneten-Mehrheit, die in die Lage versetzt ist, die Bauordnungen durch Abstufung der baulichen Ausnutzbarkeit in der Höhe der Gebäude sowohl als auch nach der Baufläche mehr oder weniger einzuschränken. Denn die Bauordnungen, also die ortspolizeilichen Bestimmungen darüber, wie stark ein Grundstück ausgenutzt werden darf, ob fünf, vier, drei oder zwei Geschosse hochgeführt, ob Rückgebäude angegliedert werden dürfen und ob zu jeder Wohnung eine bestimmte Mindestfläche Gartenland gehören muß; diese Bauordnungen bestimmen für die einzelne Gegend die Bodenpreise!

Warum sollen die Stadtbewohner bei Neubauten weiter in sonnenlosen Höfen eingepfercht werden! Warum sollen die Kinder des werktätigen Volkes nach wie vor auf die Straße angewiesen sein! Müssen Millionen der Großstadtbewohner auch in Zukunft jeden Sonnenstrahl in der Wohnung vermissen, nach wie vor dem Würgeengel Tuberkulose ausgeliefert sein!

Nein! Schafft am Sonntag, 20. Juni, eine überwältigende sozialdemokratische Mehrheit für das Parlament Groß-Berlin, und es ist möglich, auf dem Gebiete des Wohnungswesens eine revolutionäre Tat zu vollbringen, die volksgesundheitlich, städtebaulich und volkswirtschaftlich an Bedeutung und Wirkung der politischen Umwälzung des 9. November gleichkommt!

Der ausgezeichnete Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 11. September 1919 betr. Abstufung der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundstücke (Zeitschrift für Wohnungswesen vom 25. Oktober 1919) gibt den Gemeinden die nötigen Fingerzeige und Vollmachten. Es bedarf also nur des festen Willens zur Tat. Und dieser ist, wo es sich um die Beschneidung der Gewinne bei Grundstücksgeschäften handelt, von keiner bürgerlichen Partei zu erwarten, sondern nur von der Sozialdemokratie!

Die Reichsschulkonferenz.

Fortsetzung der Ausschußberichte. Erklärungen über Erklärungen.

Haus und Tribünen sind wieder vollbesetzt. Man nimmt allgemein an, daß die große Erregung, die den gestrigen Tag beherrschte, heute noch irgendwie nachschwingen wird. Mindestens steht zu erwarten, daß die letzten Protestvorstöße der Linken mit den Rückzugsgefechten der Reaktion heute zusammentreffen werden.

Kurz nach 10 Uhr eröffnet Unterstaatssekretär Schulz die Sitzung und gibt einen Ueberblick über die Geschäftslage. Er schließt mit der überraschenden Erklärung, daß die Einlegung einer Mittagspause geplant sei, weil er aus ihm gewordenen Mitteilungen entnehme, daß vielleicht doch noch ein Ausgleich der gestern zutage getretenen Gegensätze möglich sei.

Zunächst aber erhält Prof. Oestreich das Wort zu folgender

Erklärung:

„Bei der Zufallszusammensetzung der Teilnehmer, Berichterstatter und Diskussionsredner der Reichsschulkonferenz wäre die Klarstellung der Ueberzeugung der einzelnen Mitglieder durch namentliche Abstimmung von wesentlicher Bedeutung gewesen. Die unterzeichneten Verbände bedauern, daß die Ablehnung der Abstimmung eine erfolgreiche Einwirkung der Reichsschulkonferenz auf die schulpolitische Entwicklung verhindert hat. In der bloßen Entgegennahme von Ausschußberichten und Erklärungen sehen sie eine Zeitvergeudung und eine Herabwürdigung der Reichsschulkonferenz."

Verband soz. Lehrer. Arbeitsgemeinschaft soziald. Lehrer. Bund der entsch. Schulreformer. Bund für Erziehung. Vertreter der der S. P. D. Vertreter der U. S. P. D. Proletarierjugend. Arbeiterjugend. Freideutsche Jugend. Entschiedene Jugend. Bund für Schulgemeinden. Internat. Frauenliga. Ein Vertreter des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Dieser Erklärung und dem lebhaften Beifall, den sie auf der Linken auslöste, folgte ein Rückzugsgefecht der Reaktion, wie es kläglicher kaum zu denken war.

Dr. Heß erklärte namens der katholischen Lehrerorganisation und der Zentrumspartei,

„daß sie eine Abstimmung aus rein sachlichen (!) Beweggründen nicht für angängig gehalten hätten. Es sei unmöglich, lediglich auf Grund mündlicher Berichte sofort eine sichere Entscheidung zu finden. Viele Teilnehmer sähen sich außerstande, sich über alle Einzelfragen sofort ein sicheres Urteil zu bilden".

Fielen diese Argumente schon in sich zusammen, nachdem man sich entschlossen hatte, nur über die Gegenstände abzustimmen, die bereits drei Tage lang im Plenum behandelt waren, so erkannte man den

Pferdefuß der Erklärung

an den Schlußsätzen:

„Wir weisen auch darauf hin, daß diese Konferenz nur durch die freie Entschließung einer Regierungsstelle zusammenberufen ist und kein getreues Abbild der Volksmeinung darstellt. Wir unterstreichen die Erklärung der Regierung, daß die Ergebnisse der Reichsschulkonferenz keinerlei Bindung für die Gesetzgebung enthalten."

Und damit auch das Satyrspiel am Schlusse nicht fehle:

„Wir weisen den Vorwurf, als hätten wir eine fortschrittliche Entwicklung des deutschen Schulwesens verhindern wollen, als unsachlich zurück."

Wohlgemerkt: als unsachlich, nicht etwa als unbegründet. —

Abg. Mumm, mit lebhaftem Aha! begrüßt, schließt sich dieser Erklärung namens der evangelisch-orthodoxen Organisationen und namens des Deutschnationalen Lehrerbundes an. (Lebhafte Zurufe: „Wir danken für die Klärung!" „In den Armen liegen sich beide!")

Nunmehr berichtet Prof. Ziehen über die Beschlüsse des Ausschusses für

technische Vereinheitlichung

des Schulwesens. Den vorgelegten Leitsätzen entnehmen wir:

1. Der Gedanke der Reichseinheit muß im Schulwesen überall da zur Geltung gebracht werden, wo es unbeschadet einer durch innere Gründe gebotenen Sonderentwicklung geschehen kann. Die Behandlung schultechnischer Fragen muß dabei mit der der Fragen der inneren Schulreform Hand in Hand gehen.

2. Die Durchführung des Reichsgedankens muß sich im Sinne des Artikels 10,2 der Reichsverfassung durch eine Rahmengesetzgebung vollziehen, die durch eine sorgsame, alle in Betracht kommenden Gesichtspunkte, auch nach der historischen Seite hin, berücksichtigende Beratung von Sachverständigen vorzubereiten ist.

3. Trägerin dieser Vorbereitung muß ein selbständig zu gestaltendes Reichsbildungsamt sein, das von einem die Gesamtheit des Bildungswesens überblickenden Fachmann in Berlin geleitet werden und dem ein ständiger, nicht nur aus Schulfachmännern bestehender Beirat zur Seite stehen muß. In allen dazu geeigneten Fällen muß das Reichsbildungsamt sich auch der Mitwirkung des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht und anderer in diesem Ausschuß nicht vertretenen Vereinigungen bedienen.

Im einzelnen wird gefordert: einheitlicher Beginn des Schuljahres am Schlusse der heißen Jahreszeit, gleiche Feriendauer, einheitliche Benennung der Schularten und Klassen, Einheitlichkeit der Amtsbezeichnungen, gegenseitige Anerkennung der Prüfungen.

An den Bericht schließt sich eine Reihe von formulierten Erklärungen, aus denen wir hervorheben:

Oestreich für die sozialdemokratischen Lehrer:

Die Reifeprüfung ist abzuschaffen,

da sie eine unnötige Zwangs- und Themaprüfung ist. Sofort ist Wahlfreiheit für Prüfungsfächer einzuführen.

Tews für den Deutschen Lehrerverein: Die Amtsbezeichnung der Lehrer wird lediglich durch die Amtsstellung, nicht durch die Vorbildung bedingt.

(Schluß des Berichts in der Morgenausgabe.)

Groß-Berlin

Jagdnutzung 1920.

Um möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung den Bezug von Wildbret zu mäßigen Preise möglich zu machen, hat der Preußische Landwirtschaftsminister Gen. Braun bestimmt, daß in diesem Jagdjahre das erlegte Wild aus den Staatsforsten nicht in öffentlichen meistbietenden Verkäufen, sondern freihändig zu Richtpreisen in erster Linie an Gemeinden abgegeben wird, die sich vertraglich verpflichten, das Wildbret zu den festgesetzten Kleinhandelshöchstpreisen unmittelbar den Verbrauchern, insbesondere den minderbemittelten Kreisen der Bevölkerung, zuzuführen. Ferner soll das Wildbret gemeinnützigen Anstalten zum Eigengebrauch zugestellt werden. Eine Wildlieferung an Abnahmestellen findet nicht mehr statt. Den Forstbeamten bleibt das Wild für den eigenen Bedarf zu den Richtpreisen überlassen.

Eine jugendliche Schwindlerin wurde gestern, zwei Tage nach ihrer Verheiratung, verhaftet. Die 22jährige Dame gab sich als „Kontrolleurin" des Magistrats oder der Kohlenstelle aus und schwindelte alten und alleinstehenden Leuten die Lebensmittel- und Kohlenkarten mit der Motivierung ab, daß sie dieselben gebrauche, um nach Prüfung der Bedürftigkeit eine Aufbesserung der Versorgung der meist in nicht allzu rosigen Verhältnissen lebenden Leute durchzusetzen. Die erfreuten und gutgläubigen Leute warteten natürlich vergeblich auf die Aufbesserung. Mit demselben Geschick wußte die Schwindlerin sich in Wohnungen, in denen Kinder ohne Aufsicht zurückgeblieben waren, Einlaß zu verschaffen, um alles, was nicht niet- und nagelfest war, zu stehlen.

Dachstuhlbrand. Auf dem Grundstück Stolpische Straße 8 brach heute vormittag gegen 11 Uhr auf bisher unaufgeklärte Weise Feuer aus. Der Dachstuhl des Quer- und Hintergebäudes ist bis zum dritten Stock vollständig abgebrannt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, einige Leute sind an Rauchvergiftungen erkrankt. Zwei Familien sind die Möbel vollständig ausgebrannt. Die Feuerwehr ist noch mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt.

Wer nach Tirol reist, sei darauf aufmerksam gemacht, daß dort Brot, Fett- und Fleischwaren nur gegen Hingabe der entsprechenden reichsdeutschen Karten ausgehändigt werden.

Treptow-Sternwarte. Sonntag, 3 Uhr: „Mit Ozeandampfer von Bremen nach New York", 5 Uhr: „Im Lande der Schwarzen", 7 Uhr: „Durch den Schwarzwald ins Donautal", Dienstag, 7 Uhr: „Vielheit der Welten" (Vortrag mit Lichtbildern von Dir. Dr. Archenhold). Mittwoch, 7½ Uhr, „Die Hochgebirge der Erde" (Vortrag mit Lichtbildern von Prof. Valchin). Donnerstag, 7 Uhr: „Das Einsteinsche Relativitätsprinzip und seine Bedeutung für die Astronomie" (Von Kepler über Newton zu Einstein). Vortrag mit Lichtbildern von Dir. Archenhold). Sonnabend, 5 Uhr: „Durch den Schwarzwald ins Donautal."

Groß-Berliner Lebensmittel.

Hermsdorf. Für Kinder bis zu 2 Jahren und werdende Mütter (vom 5. Monat) bis Sonnabend, den 19. 1½ Pfund Kindergerstenmehl und ½ Pfund Pantin. Bezugsscheine im Lebensmittelbureau, Zimmer 6, gegen Vorlegung der Milchkarte.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 18. Juni:

Rosenthal. 7½ Uhr, Hauptstr. 1: Kommunalwählerversammlung. Referent Redakteur C. Germuth.

S.P.D.-Fraktion des Verbandes sozialistischer Lehrer. 7½ Uhr im Muschelsaal „Rheingold". Wichtige Tagesordnung.

Morgen, 19. Juni:

15. Abt. 8 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag bei Grohe, Blumenstr. 88. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen.

31. Abt. 8 Uhr: Sitzung sämtlicher Bezirksführer und Wahlhelfer bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr in der Stadthalle, Klosterstr. 50: Vortrag des Herrn G. Rogat: Haben wir Kultur. — Harmonium: Nocturno (Field). — Gäste willkommen. — **Oberschlesier!** Dienstag, 29. Juni, 4½ Uhr: Sommerfest der Ortsgruppe Wilmersdorf, Hildegardstraße, bei Schramm. Mittwoch, den 30. Juni: Sommerfest Zehlendorf, 6 Uhr abends, in Schlachtensee, Neue Fischerhütte. — **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Tegel.** Sonnabend 8 Uhr, im Lokale P. Gutsch, Schleiperstr. 61: Generalversammlung.

Sport.

Der ungarische Fußballmeister M. T. K. Budapest unternimmt zurzeit eine Reise durch Deutschland und trifft am Mittwoch, den 23. Juni, mit dem B. F. C. Hertha 92 zusammen. Das Spiel beginnt um 6½ Uhr auf dem Hertha-Spielplatz.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die 95-Pf.-Tage sind wieder da! Freilich, in der dem heutigen Geldwert angemessenen Form mit 10 multipliziert! Das Warenhaus Wilhelm Stein annonciert in der von früher altbekannten Form der 95-Pf.-Tage eine lange Reihe von Artikeln zum Einheitspreise von 9,50 Mark. Zum alten 95-Pf.-Preis ist der Erfrischungsraum zurückgekehrt, der Bohnenkaffee, Schokolade, Kakao mit Gebäck und gemischtes Eis für 95 Pf. anbietet, was für Berliner Verhältnisse spottbillig ist.

Gewerkschaftsbewegung

Steuererhebung und Gehaltsausgleich.

Die Angestellten des Buchhandels, Zeitungs- und graphischen Gewerbes nahmen in einer vom Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes, Ortsgruppe Groß-Berlin, nach den Zentralfestsälen einberufenen öffentlichen Versammlung Stellung zu der heutigen Lage. Der erste Referent Dr. Pfirmann behandelte das Thema „Steigende Lasten — Sinkende Gehälter". Er betonte, daß die gegenwärtige Steuererhebung mit ihrer schematischen Anwendung der Einkommensteuerstaffel auf die zahlenmäßig gestiegenen, in ihrer Kaufkraft aber außerordentlich gesunkenen Gehälter zu schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens führen müsse. Da diese neuen Steuerlasten unmöglich von den Arbeitnehmern getragen werden könnten, sei eine entsprechende Erhöhung der Gehälter daher unbedingt notwendig. Eine in diesem Sinne verfaßte Resolution fand einstimmige Annahme. Der zweite Referent Gulard sprach über die künftige Tarifpolitik. Er legte dar, daß die Lebensmittelpreise nicht gesunken seien und der unwesentliche Preisrückgang für einzelne Kleidungs- und Bedarfsgegenstände es den Angestellten noch nicht ermögliche, irgendwelche Anschaffungen zu machen. Die Gehälter der Angestellten des graphischen Gewerbes hätten bisher immer unter dem Existenzminimum gestanden, so daß an einen Abbau überhaupt nicht gedacht werden könne; bei den künftigen Bewegungen müsse unbedingt das Einkommen unter Berücksichtigung der zu erwartenden hohen Abzüge so gestaltet werden, daß das Existenzminimum gewahrt bliebe. Die stark besuchte Versammlung nahm eine Resolution an, die sich scharf gegen den Gehaltsabbau ausspricht und die Anpassung der Gehälter an die tatsächlichen Lebenskosten verlangt.

Aus den Kindheitstagen der Gewerkschaftsbewegung.

In die Anfangsperiode der Gewerkschaften führt uns eine längere Zuschrift, die wir von einem alten organisierten Zimmermann, dem Rentenempfänger Albert Marzian, Malplaquetstr. 41, erhalten. Der Einsender begeht am 25. Juni sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum, fast ebenso lange gehört er seiner Berufsorganisation, dem Zimmererverband an. In seiner Organisation hat Marzian die verschiedensten Stadien der Arbeiterbewegung kennen gelernt. Bereits 1869 als Lehrbursche dem Ortsverein der Danziger Zimmerer angehörend, trat er im Mai 1871 nach Anhörung eines Vortrages von Hörig-Hamburg dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und im Herbst desselben Jahres dem Allgemeinen Deutschen Zimmererverein bei. Eine Reihe alter Namen tauchen in der Zuschrift Marzians auf, Namen, die der damaligen Arbeiterbewegung das Gepräge verliehen. Der Zimmerer Otto Kapell, der Maurer Paul Grottkau, der Tischler Schwelendiek, der Zigarrenmacher Winnen und der durch sein gewaltiges Sprachorgan bekannte Schuhmacher Kurin. Von letzterem sagte man, daß, wenn er sprach, die Fensterscheiben zitterten.

Aber auch sonst ist in der Zuschrift so manch Bemerkenswertes enthalten. Es wird die Tatsache erwähnt, daß beim Einzug Prinz Wilhelms aus Anlaß seiner Vermählung die Berliner Zimmerleute Spalier gebildet haben. Eine solche Episode aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung zeigt uns erst den gewaltigen Fortschritt, den das sozialistische Denken im Laufe der Jahrzehnte in der Arbeiterbewegung gemacht hat. Daß die Maurer und Zimmerer 1872/73 pro Tag 5 M. Lohn hatten, 77—82 jedoch nur noch 2,75 bis 3 M., daß die größten „Schinderer" unter den Maurern und Zimmerern in Unterhosen und ohne Kopfbedeckung ihr Tagewerk vollbrachten, daß sie für eigenes Geld Licht kauften, die Maurer anstatt mit der Kelle noch mit der Schippe mauerten, wird von Marzian gleichfalls erwähnt. Lange Zeit hat der Jubilar in der schwersten Zeit auf vorgeschobenem Posten in der Arbeiterbewegung gewirkt; im Jahre 1890 bereits setzt ein plötzlich auftretendes Leiden seinem erfolgreichen Wirken ein Ziel. Den meisten Gewerkschafts- und Parteigenossen ist der alte Mann, in welchem noch immer das Feuer des Sozialismus lodert, unbekannt. Er muß in dieser trostlosen Zeit mit seiner alten Gattin mit einer elenden Rente sein Leben fristen. Das ist bitter für einen Menschen, der das Bewußtsein in sich trägt, einst sein Höchstes für die großen Ziele der jungen Arbeiterbewegung eingesetzt zu haben.

Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter.

Uns wird berichtet: Nachdem im Jahre 1918 43 Fachverbände von Eisenbahnbeamten sich im Gewerkschaftsbunde deutscher Eisenbahnbeamten zur Wahrnehmung ihrer gemeinschaftlichen Interessen zusammengeschlossen hatten, war es angesichts der Verreichlichung der Eisenbahnen jetzt an der Zeit, alle Eisenbahnbeamten der deutschen Bahnbetriebe zusammenzufassen.

Zu diesem Zwecke berief das Kartell der Eisenbahnbeamtenvereinigungen die Fach- und Landesvereine zu einer Tagung nach Berlin zusammen, um Stellung zur Gründung einer Reichsgewerkschaft zu nehmen. Trotz verschiedenster Meinungen gelang es, die Gründung zu vollziehen. Das Pflichtgefühl der Delegierten ließ endlich die kleinlichen Sonderinteressen beiseite und schuf eine Gewerkschaft, in welcher es auch Sozialdemokraten möglich ist, mitzuarbeiten.

Mancher Beschluß mag alten Gewerkschaftlern nicht gefallen, aber die Vorbedingungen für einen modernen Organisationskörper sind geschaffen. Insbesondere ist der Beschluß zu begrüßen, daß die Vertretung allgemeiner Beamtenfragen nur durch die Reichsgewerkschaft gegenüber Verwaltung und Parlament zu geschehen hat.

Von prinzipieller Bedeutung ist auch der Antrag der Gewerkschaft der Lokomotivführer, der dem erweiterten Vorstand das Recht gibt, als letztes Mittel zur Erreichung der von der Reichsgewerkschaft beschlossenen Forderungen oder zur Verhinderung von Einschränkungen der Beamtenrechte den Generalstreik zu verkünden. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Anstatt der mehr als 80 Fachverbände sieht die neue Satzung 9 Fachgewerkschaften vor, in die die verschiedenen Beamtenkategorien und ihre Anwärter eingereiht werden. Das neue Organisationsgebilde vereinigt eine Mitgliederzahl von zirka 350 000 Köpfen.

Wir haben also nicht mehr preußische, württembergische, mecklenburgische usw. Eisenbahnbeamtenverbände, sondern eine Reichsgewerkschaft, die alle umfaßt.

Zu wünschen wäre, daß die noch außenstehenden bayerischen Eisenbahnbeamten einen Beschluß herbeiführen, durch den ihr Anschluß an die Reichsgewerkschaft sich ergibt.

Reichspräsident Eberts Einspruch.

Eine Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuiller hatte beschlossen, das Mitglied Fritz Ebert aus dem Verbande auszuschließen. Gegen den Ausschluß protestierte Ebert beim Ausschuß des Verbandes, der ihn wieder in seine alten Mitgliedsrechte einsetzte.

Die Hilfsarbeiter des Preußischen Statistischen Landesamts beschäftigten sich in einer vom Bund der deutschen Militäranwärter einberufenen Versammlung mit den Anstellungsverhältnissen bei ihrer Behörde. Im Statistischen Landesamt sind bei 77 Beamten gegen 400 Hilfsarbeiter tätig; davon üben über 100 Hilfsarbeiter ihre Tätigkeit länger als 5 Jahre aus. Neun Hilfsarbeiter stehen sogar über 20 Jahre im Dienste, um dann, wenn sie nicht mehr arbeitsfähig sind, dem Elend preisgegeben zu werden. In einer Resolution richteten die Versammelten an die Preußische Landesversammlung die dringende Bitte um sofortige Bewilligung soviel neuer Beamtenstellen bei ihrer Behörde, daß alle 5 Jahre und länger beim Statistischen Landesamt beschäftigten Hilfsarbeiter — unter Ausschaltung jeder Diätar- und Probedienstzeit — sogleich in planmäßige Sekretärstellen aufrücken.

Für die Angestellten im Eisen- und Stahlgroßhandel hatte der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) durch nachgesuchte Begünstigung des Arbeitgeberverbandes einen Tarifvertrag hinter dem Rücken des Zentralverbandes der Angestellten und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten abgeschlossen.

Der Zentralverband der Angestellten hat hiergegen sofort Einspruch beim Reichsarbeitsministerium erhoben. Es wurde nach einer Verhandlung durch einen hierfür eingesetzten Schlichtungsausschuß ein Spruch gefällt, welcher dem Angestellten- bzw. Betriebsrat aufgab, in den Betrieben nochmals geheim abzustimmen, ob der einseitig abgeschlossene Tarifvertrag die Wünsche und Forderungen der in Frage kommenden Angestellten befriedige. Nach den bisher vorliegenden Abstimmungsergebnissen ist das Gegenteil der Fall. Rund 85 Proz. der Angestellten haben sich gegen den Tarifvertrag des D. H. V. in geheimer Abstimmung ausgesprochen.

Diejenigen Betriebe, welche noch nicht geheim abgestimmt haben, wollen dieses noch nachholen, da am 23. Juni erneuter Termin vor dem Reichsarbeitsministerium stattfindet. Abstimmungsergebnisse sind dem Reichsarbeitsministerium zu Händen des Herrn Dr. M. Weigert, Berlin NW. 6, Luisenstr. 33/34, und eine Kopie dem Zentralverband der Angestellten, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 7/10, Fachgruppen 14—15, einzureichen.

Wir kommen auf diese Angelegenheit nochmals zurück.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Groß-Berlin. Am Mittwoch, 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Branchenversammlung der Kohlenlader.

Wirtschaft

Abschluß der Dresdner Bank.

300 Milliarden Umsatz — 9 Proz. Dividende.

Die Dresdner Bank in Berlin wurde als Filiale eines Dresdener Bankgeschäfts 1872 errichtet und arbeitet heute mit 260 Mill. Mark Aktienkapital. Der Rohgewinn des abgelaufenen Geschäftsjahres beläuft sich auf 176 Millionen Mark. Die Entstehung des Reingewinns zeigt folgende Zusammenstellung:

	1919	1918	1917	1916	1915
		in Millionen Mark			
Sorten und Zinsscheine	2,97	1,33	0,63	0,82	0,78
Wechsel und Zinsen	81,06	46,41	38,05	32,94	25,92
Provisionen	48,28	22,65	17,72	14,02	12,40
Ertrag aus dauernden Beteiligungen bei Banken	2,80	2,68	0,69	0,90	0,67
Handlungsunkosten, Steuern	85,33	39,97	21,00	18,73	16,18
Reingewinn	50,06	34,20	36,12	30,82	24,97

Die Dividende von 9 Proz. beansprucht 23,4 Millionen Mark, der Pensionsfonds erhält 5 Millionen, der damit auf 10 Millionen steigt. (Zahl der Angestellten 9810.)

In welchem Maße die Gläubiger an dem Abschluß beteiligt sind mit ihren Depositengeldern und sonstigen Einlagen, zeigt die folgende Zusammenstellung:

	Passiva in Millionen Mark				
Gläubiger	**8126,2**	4150,8	2047,6	1759,8	1192,8
Akzepte und Schecks	107,8	63,6	73,5	68,9	92,8

Gegen den Abbruch von Ziegeleibetrieben.

In letzter Zeit mehren sich auffällig Anzeigen über Abbrüche leistungsfähiger Ziegeleibetriebe, die lediglich aus spekulativen Gründen erfolgten. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich daher, wie die V. P. K. erfahren, an die Regierungen der Länder gewandt mit dem dringenden Ersuchen, den unwirtschaftlichen Abbruch von Ziegeleien im Interesse der Allgemeinheit und der in ihrer Existenz bedrohten Arbeiterschaft mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern. Gesetzliche Handhaben finden sich in der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 und in der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919.

Gleichzeitig hat das Reichswirtschaftsministerium zur Verhinderung der unwirtschaftlichen Ausschlachtung von Betrieben angeordnet, daß die Ausfuhr gebrauchter Maschinen in Zukunft beschränkt werden soll. Diese wird nur dann genehmigt, wenn im Benehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden, insbesondere den Gewerbeaufsichtsbeamten, festgestellt ist, daß damit wesentliche wirtschaftliche Interessen des Inlandes nicht beeinträchtigt werden.

Orenstein u. Koppel Aktiengesellschaft, Berlin. Die Gesellschaft, welche nach Abschreibungen von 1 565 787 (1 389 231) M. mit einem Reingewinn von 10 174 688 (9 581 820) M. abschließt, schlägt bekanntlich die Verteilung von 16 (14) Proz. Dividende bei einem Vortrag auf neue Rechnung von 2 476 000 (2 475 000) M. vor. In ihrem Rechenschaftsbericht beschränkt sich die Verwaltung auf die Mitteilung, daß sich der Umsatz des Unternehmens mit Einschluß der Tochtergesellschaften auf M. 205 348 053 (132 918 229 M.) beträgt.

Umstellung der Rhein. Metallwaren- und Maschinenfabrik. Es fand die Fertigstellung der ersten Lokomotive und 30 Güterwagen statt. Die Gesellschaft fertigt jetzt neben Stahl- und Rohrwaren aus den Abteilungen des Berg- und Hüttenbaues Ackergeräte, Erntemaschinen, Apparate, Bureaumaschinen und Emaillewaren an. Im Eisenbahnbau beträgt die Leistungsfähigkeit 400 Lokomotiven und 800 Güterwagen jährlich. Das Unternehmen hat in den letzten drei Vierteljahren eine große Anzahl von Lokomotiven für die preußischen Eisenbahnwerkstätten instand gesetzt.

Die Verschleuderung von Militärgut. Von den Reichsstellen waren große Posten neuer sächsischer Militärtornister mit und ohne Fellrücken für 3 M. an eine Berliner Firma verkauft worden. Die sächsische zuständige Stelle hat die Auslieferung der bei ihr lagernden 40 000 Tornister verweigert und damit wenigstens diesen Posten vor dem Verschleudern gerettet.

Soziales.

Die Volksfürsorge.

Die „Volksfürsorge", gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, zeigt in ihrem Geschäftsbericht für 1919 die großen Schwierigkeiten auf, unter denen das Versicherungsgewerbe im allgemeinen und die Volksfürsorge als junges Unternehmen im besonderen zu leiden hatten. Während die übrigen Wirtschaftszweige die gewaltig gesteigerten Unkosten auf die Warenpreise abwälzen konnten, die der Konsument zu zahlen hatte, war das im Versicherungsgewerbe unmöglich, da die Prämien, die hier die Warenpreise bedeuten, durch langfristige Verträge festgelegt sind. Etwas ausgleichend konnte nur die Erhöhung der durchschnittlichen Versicherungssumme wirken. Sie betrug bei der Volksfürsorge in den ersten Jahren gegen 250 Mark pro Versicherungsfall, konnte aber bis zu den letzten Monaten des Jahres auf das Dreifache gesteigert werden. In den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres stieg sie ständig bis auf 1283 M. im Mai. Wenn keine außerordentlichen Rückschläge erfolgen, so sind die Aussichten für die Versicherten in diesem Geschäftsjahr günstig.

Dank einer zähen Propaganda gingen 153 591 Anträge (gegen 70 665 im Vorjahre) mit einer Versicherungssumme von 91 130 984 M. (28 644 526 M.) ein, so daß Ende 1919 435 847 Versicherungen mit 145 398 964 M. Versicherungssumme bestanden. Auf die Sparversicherung wurden 1919 706 412 M. eingezahlt. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres sind bereits 93 522 Neuabschlüsse mit 94 291 991 M. Versicherungssumme zu buchen, so daß am Schlusse dieses Jahres, wenn die Entwicklung nicht unnatürlich gehemmt wird, mit einer Viertelmilliarde Mark Versicherungssumme zu rechnen ist. Diese gewaltige Steigerung ist der beste Beweis für das zunehmende Vertrauen des arbeitenden Volkes in die Volksfürsorge.

Die Prämieneinnahme stieg von 5 178 413 M. auf 10 643 421 M. und die Zinseneinnahme von 449 363 M. auf 614 304 M.

Die Versicherungsleistungen für Sterbefälle steigerten sich von 314 653 M. auf 357 367 M., wofür ein Kapital von 673 414 M. zur Verfügung stand, so daß ein Sterblichkeitsgewinn von 316 047 M. verblieb.

Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Ueberschuß von 673 608 M. gegen 500 218 M. im Vorjahre ab. An Dividenden werden mit Genehmigung durch die Generalversammlung den Versicherten 476 810 M. (349 347 M.) gutgeschrieben. Dem gesetzlichen und vorgeschriebenen Reservefonds mußten 134 720 M. (100 044 M.) überwiesen werden.

Die Kriegsversicherungskasse schüttet mit ihrem Abschluß am 17. Juni 463 575 M. an 60 898 Personen mit 92 715 Anteilen aus. Die Auszahlungen erfolgen ohne Aufforderung.

Das bare Vermögen betrug rund 16 Millionen Mark, die Prämien- und Gewinnreserve der Versicherten nahezu 19 Millionen Mark.

Berücksichtigt man, daß der Krieg die Volksfürsorge gerade in den ersten Monaten ihrer Entwicklung traf, der ihre Organisation in den meisten Orten lahm legte, sich dieser Zustand während des Krieges nur mühsam besserte und erst im Berichtsjahr ein großer Teil Verbindungen wieder angeknüpft werden konnte, so ist das Resultat als ein erfreulicher Schritt zu dem Ziele zu betrachten: Das sozialisierte Versicherungsunternehmen der Gewerkschaften und Genossenschaften immer mehr zu einer wirklichen Volksfürsorge auszugestalten. Die Erfolge im laufenden Geschäftsjahr berechtigen zu diesem hoffnungsvollen Ausblick. Der weitere Aufbau der Organisation bildet dabei die sichere Grundlage.

Ueber die Vorteile der Volksfürsorge für die Arbeiterfamilien lasse man sich Auskunft von den Gewerkschaften, den Konsumvereinen, Rechnungsstellen der einzelnen Orte oder der Hauptgeschäftsstelle der Volksfürsorge in Hamburg 5 erteilen, wo auch Aufnahmen vollzogen werden.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Film-Palast
Kgst. 4114. Koppenstr. 29.
Vom 18. bis 24. Juni:
„Hungernde Millionäre"
Soziales Sensationsdrama in 6 Akten aus der Neuzeit.
„Leo und seine zwei Bräute."
Messterwoche.

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektro-tech.-Zentrum, (Alex. 1782), Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3705 und 5818.

Verkäufe

Kronleuchter, Alaskafüchse, Rotfüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silberwaren enorm billig. Linienstraße 209/1, Ecke Rosenthalerstraße, 1 Treppe. *

Dunglasern und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Cöpenicker Straße 71. 1312*

Jackettanzüge, Sommerhosen, Maßarbeit, verkauft spottbillig Seit, Mauerstraße 46, parterre (Nähe Görlitzer Bahnhof). 1552*

Jackettanzüge, Cutaways, Paletots, Hosen, Kostüme, Mäntel verkauft enorm billig. Leihhaus Moritzplatz 58a.

Jackettanzüge, auch für große, schlanke Figuren, Frack-, Smoking-, Gehrockanzüge, einzelne Fracks, Smokings, prima Stoffe, prima Zutaten, Friedensware, Hosen, Maßschneiderei verkauft billig wegen Geschäftsaufgabe Prinzenstr. 79. 47/10

Prima Jackettanzüge 475,00 an, Cutaways, einzelne gestreifte Hosen, billig. Gesellschaftsanzüge leihweise. Weiß, Kaiserstraße 47/48 I. 1438b*

Möbel

Tatsächlich verkaufe Stubeneinrichtungen mit Sofa und Küche nur 2712, 3600, 4460 Mark. Gediegene Schlafzimmer 2100, 3655 Mark, Möbelschau, Brunnenstraße 180, Eingang Anklamer Straße. *

Speisezimmer, Büfett, Kredenz, Ausziehtisch, 6 Lederstühle, neu, Eiche, dunkel gebeizt, 7750,—. Schüßler, Christburgerstr. 47. 1160

Zweizimmer-Einrichtung Kreden wegzugshalber 8000,—. Angebote P. 54 Hauptexpedition Vorwärts. 1447b

Musikinstrumente

Stelling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 753*

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen, Max Adam, Münzstraße 16. 1092

Einzelspiele, Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Becker u. Co., Oranienstr. 166. 1562

Kreuzsaitiges Nußbaumpiano 4800,—, eleganter schwarzer Konzertpiano 7300,—, Stutzflügel 5600,—, Salonflügel 8500,—, Klavier 3800,—, gebrauchtes Harmonium billig verkauft Berger, Oranienstraße 155.

Fahrräder

Fahrradmäntel, neue, 95,—, 105,—, 125,—, neue Schläuche 38,—, 32,—, 35,—. Kraus, Große Frankfurterstraße 83. *

Schlauchreifen, neue, 150,—. Kraus, Große Frankfurterstraße 53. 47/9*

Damenfahrräder, Herrenfahrräder, 385, Matorzweirad 1750, Fahrradmäntel, Radbidé preiswert. Kämmerer, Große Frankfurterstraße 14, Hof. *

Kaufgesuche

Platin, Gebisse, einzelne Zähne, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn höchstzahlend. Zentrale für Altmetall, Elsasser Straße 78. 1558*

Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandscheine kauft, beleiht. Bonne, Berlin, Oranienstraße 145. *

Spiralbohrer [illegible] Lübeckerstraße 33.

Platinabfälle, Zahngebisse, Goldbruch, Silberbruch, sämtliche Metalle kauft Chausseestraße 110, vorn I, Portal I (Invalidenstraße). 1758*

Kupfer! Messing! Zinn! Quecksilber! Blei, Antimon usw.! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle kauft zu Schmelzpreisen „Metall-Zentrale" 1. Brunnenstraße 11; 2. Fennstraße 48; 3. Beusselstraße 29; 4. Bahnhofstraße 2 (am Anhalter Bahnhof); 5. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 228. *

Armeepistolen kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 59. 47/7

Unterricht

Mustergültiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. „Vollendenkarte 498" Postamt C. 2. *

Heinrich Wulzers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Abkürze, Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 208.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Smienia, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Für Techniker! Monatliche Wiederholungskurse in Mathematik, Dierowski, Charlottenburg, Schillerstr. 30, Wilhelm 2909. Sprechstunden täglich zwischen 3—4. 1389

Mandolinenspiel, Gitarren, Lautenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung 20,— Monatshonorar (achtstündige Schnellkurse). Lehrinstrumente billigst, Klavier-, Violinschnellkurse, Consk. Oranienstraße 166.

Verschiedenes

Flechten, Lederflecke, Sommersprossen, Gallensteine, Wurmentfernung. Dr. med. Wittkowski, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulusstraße 12. 1633

Damm, Detektive, Norden 7313, Invalidenstr. 3, Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. 1748*

Nebenverdienst bis 1000 Mark monatlich leicht zu Hause, ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Wehrel u. Co., G. m. b. H., Lichterfelde, Postfach 230. 100/17*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Maschinenarbeiter für Kreis-, Bandsäge und Hobelmaschine mit langjährigen Erfahrungen im Holzbearbeitungsbetrieb gesucht von Hermann Schäfer, Holzbearbeitungsfabrik Schwanebeck, Mecklenburgstraße 14 bis 31. 1416b

Stellmacher auf Karosserien, Wagenkästen, Lackierer auf Auto und Kutschwagen bei hohem Lohn sofort gesucht. C. Perkowski, Posnan (Posen) Ul. Jasna 1 (Polen). 1690